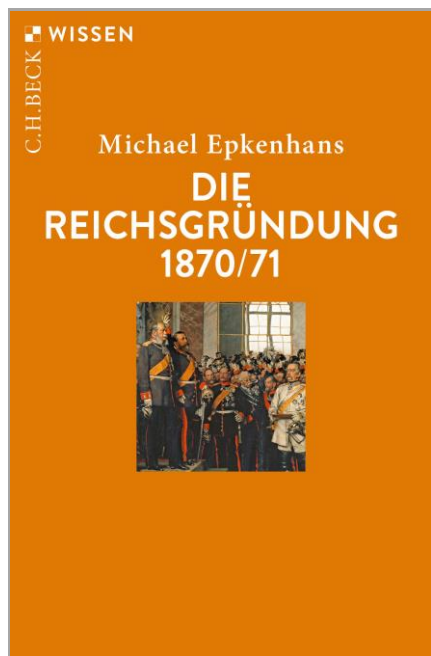


Unverkäufliche Leseprobe



Michael Epkenhans
Die Reichsgründung 1870/71

2020. 128 S.

ISBN 978-3-406-75032-8

Weitere Informationen finden Sie hier:

<https://www.chbeck.de/30168914>

© Verlag C.H.Beck oHG, München

Der Deutsch-Französische Krieg und die Reichsgründung jähren sich 2020/21 zum 150. Mal. Anders als beim 100. Jahrestag ist die Erinnerung an diese Ereignisse heute weitgehend verblasst. Dabei haben sie die Geschichte Deutschlands und Europas im 19. und 20. Jahrhundert in entscheidender Weise geprägt. 1870/71 entstand endlich der von der Nationalbewegung schon seit 1815/48 geforderte einheitliche Nationalstaat. Doch war der Weg dorthin durch Enttäuschungen und Rückschläge gekennzeichnet. Nach dem Scheitern einer Reichsgründung «von unten» machte sich Preußens Ministerpräsident Otto v. Bismarck die Ziele der Nationalbewegung insoweit zu eigen, als sie der Vergrößerung der Macht Preußens dienlich waren. Im Zuge dreier Kriege bereitete Bismarck den Weg zur Reichsgründung – durchaus im Einvernehmen mit großen Teilen der Nationalbewegung. Michael Epkenhans zeichnet diesen Weg nach, zeigt dabei die jeweiligen Motive und Ziele Bismarcks sowie der Nationalbewegung auf und ordnet das Geschehen in die deutsche und europäische Geschichte ein. Zugleich lotet er aus, inwieweit die Form der Reichsgründung «von oben» eine dauerhafte Belastung für die Entwicklung im Innern, aber auch nach außen war.

Prof. Dr. Michael Epkenhans, geb. 1955, ist Geschäftsführender Beamter und Leitender Wissenschaftler im Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaften der Bundeswehr in Potsdam.

Michael Epkenhans

**DIE REICHSGRÜNDUNG
1870/71**

C.H.Beck

Originalausgabe

© Verlag C.H.Beck oHG, München 2020

www.chbeck.de

Reihengestaltung Umschlag: Uwe Göbel (Original 1995, mit Logo),
Marion Blomeyer (Überarbeitung 2018)

Umschlagabbildung: «Die Proklamierung des Deutschen Kaiserreichs»,
Gemälde von Anton von Werner, 1885 (Ausschnitt) © akg-images

Satz: C.H.Beck.Media.Solutions, Nördlingen

Druck und Bindung: Druckerei C.H.Beck, Nördlingen

Printed in Germany

ISBN 978 3 406 75032 8



klimateutral produziert

www.chbeck.de/nachhaltig

Inhalt

1 Der 18. Januar 1871 – Ein Traum wird wahr	7
2 Das Streben nach Einheit und Freiheit zwischen der Revolution 1848 und der «Neuen Ära» in Preußen	14
Die Revolution von 1848	14
Einheit und Freiheit von unten?	15
«Kleindeutschland» von oben oder «Großösterreich»? Reaktion	16
Reaktion	20
Eine «Neue Ära»?	21
Ein neuer Katalysator: Der Italienische Einigungskrieg Preußens deutscher Beruf	22
Parteigründungen	24
Wirtschaftliche Entwicklung und Einigung	26
3 «Eisen und Blut»: Deutsche Politik 1862–1866	27
Preußen – Konflikt statt Veränderungen	27
Machterweiterung Preußens oder Reform des Deutschen Bundes?	31
Schleswig-Holstein-Krise und Krieg gegen Dänemark Krieg gegen Österreich	36
Krieg gegen Österreich	40
4 Ein erster Schritt? Der Norddeutsche Bund und das Zollparlament	43
Der preußisch-österreichische Krieg und Europa . . .	43
Frieden	44
Auf dem Weg zur Einheit?	46
Wandel im Innern	49
Nationalkrieg?	53

5 Der Deutsch-Französische Krieg 1870/71	54
Die spanische Thronkandidatur	54
Der Deutsch-Französische Krieg und Europa	58
Zwei Armeen marschieren auf	59
Operationsplanungen	60
Grenzschlachten	63
Vom Kabinetts- zum Volkskrieg	64
Vom nationalen Rausch zur Reichsgründung	69
Sieg und Frieden	75
Siegesfeiern	79
6 Bürde für die Zukunft? Die Reichsgründung «von oben»	80
Erwartungen	80
Reichsverfassung, Parteien und politisches Leben	81
Politisierung, Wahlen und Parteien	86
Bruchlinien und der Kampf gegen «Reichsfeinde»	88
7 Die Mächte und das Reich in der Mitte Europas	94
Das Deutsche Reich und Frankreich	94
«Die deutsche Revolution»	96
Das Deutsche Reich ist «saturiert»	98
«Es gelingt nichts mehr»?	105
8 Die Reichsgründung in der Erinnerung	107
9 Betrachtungen	120
Literaturhinweise	122
Personenregister	125
Ortsregister	127

1 Der 18. Januar 1871 – Ein Traum wird wahr

Der 18. Januar 1871, ein Mittwoch, war nach tagelangem Nebel ein sonniger Tag, richtiges «Kaiserwetter». Nach langem Hin und Her sollte an diesem Tag das Deutsche Reich endlich aus der Taufe gehoben werden. Verfassungsrechtlich gab es dieses bereits seit dem 1. Januar. Doch nicht nur das Wetter spielte mit: Pünktlich zur Zeremonie war bekannt geworden, dass eine der noch kämpfenden französischen Armeen eine schwere Niederlage erlitten hatte und im Abzug begriffen war.

Ort der Zeremonie war das prachtvolle Schloss des «Sonnenkönigs», Ludwigs XIV., in Versailles. Entgegen mancher Legende war das Schloss, in dem der preußische König Wilhelm I. seit Oktober sein Hauptquartier aufgeschlagen hatte, eher zufällig ausgewählt worden. Da der Krieg noch andauerte – die Beschießung von Paris hatte gerade begonnen –, schien eine Zeremonie in Berlin, fernab vom militärischen Geschehen, nicht opportun; auch das Datum, der Jahrestag der Krönung Friedrichs I. zum König in Preußen 1701, war Zufall. Bereits aus der Sicht der Zeitgenossen hatte beides dennoch eine ungeheure symbolische Bedeutung: «Wer konnte sich damals träumen lassen, als Friedrich I. die Königskrone von Österreich erbettelte und erkaufte, dass sein Nachkomme die Österreich vom Haupt gefallene Kaiserkrone sich aufs Haupt setzen würde, und im Schloss von Versailles nach Niederwerfung des stolzen Frankreich an der Spitze seines Heeres, wie es Ludwig XIV. nie gesehen, mit all seinen stolzen Marschällen und siegreichen Führern», notierte ein preußischer Diplomat voller Stolz.

Das ganze Zeremoniell war bis zuletzt Gegenstand heftiger Diskussionen gewesen. Wilhelm I. war nicht bereit gewesen, sich mit seinem neuen Titel «Deutscher Kaiser», so wie ihn die Verfassung mit Rücksicht auf bayerische Vorbehalte vorsah, abzufinden. «Kaiser von Deutschland», wenn überhaupt, wollte

er sein, nicht aber ein einfacher «Charakter-Major», wie er in heftigen Auseinandersetzungen mit Bismarck deutlich machte. Auch einen Thron oder ein überhöhtes Podest hatte er abgelehnt. Allein die Reichsfarben, die im Wesentlichen die preußischen Farben schwarz und weiß, ergänzt durch das Rot der Hansestädte, beinhalteten, hatte er ohne Bedenken akzeptiert, da «selbige nicht wie die schwarzrotgoldene aus dem Straßenschmutz erstiegen wäre». Auch dies war, wie so manch anderes Detail, eine unmissverständliche Aussage über den politischen Charakter des zukünftigen Reiches.

Doch so sehr Wilhelm I. sich auch innerlich sträubte; verzögern oder gar verhindern konnte er die Zeremonie nicht. Diese glich in mancherlei Hinsicht mittelalterlichen Kaiserwahlen. Wie zu Zeiten Karls IV. oder anderer Kaiser hatten Fürsten und ihre Heere sich versammelt, um einen der Ihren, so Kronprinz Friedrich Wilhelm, auf den «Schild» zu heben, um ihn vor den Getreuen öffentlich sichtbar zum Kaiser zu proklamieren. Allen Mannschaften war frei gegeben worden, um das Schauspiel vor dem Schloss zu beobachten, es sei denn, sie standen auf den Zufahrtswegen Spalier. Das geschäftige Treiben von «Kriegsfuhrwerk, Proviantladungen und Viehzutrieb» sowie das Treiben auf dem Versailler Wochenmarkt unterschieden die Zeremonie äußerlich dann aber doch von der feierlichen Zeremonie genau zehn Jahre zuvor in Königsberg, bei der Wilhelm I. nach dem Tod seines Bruders zum preußischen König gekrönt worden war. Im Spiegelsaal selbst, der eigentlich als Lazarett diente, hatten sich 1400 Menschen versammelt: Fürsten, Generale, Offiziere und Unteroffiziere, Diplomaten und Angehörige des Hofes standen im Saal verteilt. Blutgetränkte Fahnen erinnerten an die Kämpfe und soldatisches Heldentum. Die Zeremonie selbst begann mit einem Gottesdienst. In einer schwülstigen Rede ließ der Hofprediger Bernhard Rogge noch einmal den Verlauf des Krieges Revue passieren; zugleich betonte er die großen Erfolge und die besondere Rolle der preußischen Könige als Werkzeug Gottes, bevor er auf das eigentliche Thema, die Reichsgründung, kam: «Was unsere Väter in der Erhebung der Befreiungskämpfe vergeblich sich ersehnt haben, wofür die

deutsche Jugend in edler Begeisterung geschwärmt, was die Sänger jener Tage in immer neuen Weisen umsonst gesungen, was die Lieder und Sagen unseres Volkes nur als einen fernen Traum uns verkündet haben: wir sehen es heute zur Wirklichkeit geworden, sehen das Deutsche Reich wieder auferstanden in alter Herrlichkeit, ja in einer Macht und Größe, die es vielleicht nie zuvor besessen hat, sehen dem Deutschen Reiche seinen Kaiser wiedergegeben und dürfen als solchen einen König begrüßen, dessen greises Haar mit frischen Lorbeerkränzen geschmückt ist, in denen wir die ruhmvollsten Zeiten der deutschen Vergangenheit erneut, ja übertroffen sehen.»

Nach dem berühmten Choral nach der Schlacht bei Leuthen 1757, «Nun danket alle Gott», der seitdem den Willen zum Sieg symbolisierte, nahm das weltliche Zeremoniell seinen Verlauf. Wilhelm I. wandte sich zunächst den Fürsten auf einem eigens aufgestellten Podest zu und erklärte: «Dem deutschen Volke gebe ich Meinen Entschluss durch eine heute von Mir erlassene Proklamation kund.» Diese verlas Bismarck dann: «Wir [...] bekunden hiermit, dass Wir es als eine Pflicht gegen das gemeinsame Vaterland betrachtet haben, diesem Rufe der verbündeten deutschen Fürsten und Städte Folge zu leisten und die Deutsche Kaiserwürde anzunehmen», hieß es darin zu Beginn. Vom Volk war hingegen keine Rede. Deutlicher konnte man daher den Charakter der Reichsgründung von oben kaum formulieren. Darüber hinaus versprach Wilhelm I., sich für Frieden, nationale Wohlfahrt, Freiheit und Gesittung einzusetzen.

Dann erfolgte die eigentliche Proklamation. Nach einem Moment der Stille – die Unsicherheit über das, was geschehen würde, war angesichts der Auseinandersetzungen zwischen Wilhelm I. und Bismarck über die Titelfrage immer noch groß – riss Friedrich Großherzog von Baden einen Arm hoch und rief: «Seine Kaiserliche und Königliche Majestät, Kaiser Wilhelm, lebe hoch! Hoch! Hoch!» Das Reich, das es seit dem 1. Januar rechtlich bereits gab, hatte endlich seinen Kaiser. All die Querelen um den Titel waren mit dieser Formel zugleich geschickt umschifft worden.

Der damals junge Maler Anton v. Werner, den Kronprinz

Friedrich Wilhelm eigens herbeigerufen hatte, um die Szene für die Nachwelt auf Leinwand festzuhalten, vermittelte in drei verschiedenen Versionen, von denen aber nur eine erhalten ist, den Eindruck eines feierlichen Ereignisses. Mit Orden geschmückte Fürsten, Generale und Offiziere in ihren Uniformen prägen das Bild, im Hintergrund stehen Soldaten Spalier. In seinen *Lebenserinnerungen* bezeichnete er diese Szene jedoch als prunklos und unangemessen kurz. Damit stand er nicht allein, wie zahlreiche andere Zeugnisse belegen. Doch für manche war dieses Ereignis *das* prägende Erlebnis ihres Lebens. Paul v. Hindenburg, damals junger Leutnant, gehörte zu diesen. Er war unendlich «dankbar», dass er «den großen geschichtlichen Augenblick hatte miterleben» und seinem nunmehrigen Kaiser «zujubeln» hatte dürfen.

Und der Kaiser? «Ich kann Dir nicht sagen», schrieb er am Abend an seine Frau, «in welcher morosen Emotion ich in diesen letzten Tagen war, teils wegen der hohen Verantwortung, die ich nun zu übernehmen habe, teils und vor allem über den Schmerz, den preußischen Titel verdrängt zu sehen!»

Genauso groß wie sein Schmerz über das Ende des «alten» Preußen war, so groß war aber auch der Schmerz manch anderer Fürsten und ihrer Gefolgsmänner über den Beginn einer neuen Zeit. Am deutlichsten brachte dies der Bruder des bayerischen Königs, Prinz Otto, nach der Zeremonie zum Ausdruck: «Ach, Ludwig, ich kann Dir gar nicht beschreiben, wie unendlich weh und schmerzlich es mir während jener Zeremonie zumute war, wie sich jede Phase in meinem Innern sträubte und empörte gegen all das, was ich mit ansah. [...] Welchen wehmütigen Eindruck machte es mir, unsere Bayern sich da vor dem Kaiser neigen zu sehen; ich war eben von Kindheit an so was nicht gewöhnt; mein Herz wollte zerspringen. Alles so kalt, so stolz, so glänzend, so prunkend und großtuerisch und herzlos und leer.»

Die Kaiserproklamation ist, nicht zuletzt wegen der Werner'schen «Reichsgründungsgemälde» und der Schilderungen zahlreicher Zeitgenossen in ihren Briefen und Tagebüchern, im kollektiven Gedächtnis haften geblieben. Sie gilt bis heute allein

durch die Abbildung von Werners «Friedrichsruher Fassung» aus dem Jahre 1885 in vielen Werken über das «Kaiserreich» als programmatischer Ausdruck einer «Reichsgründung von oben» und nicht von «unten». Dabei hat es den Versuch dazu tatsächlich auch gegeben. Aber im Bewusstsein der Zeitgenossen wie auch späterer Generationen war dieser dann doch zu unbedeutend. Kaum ein Geschichtsbuch behandelt daher dieses Ereignis, und auch in den meisten Gesamtdarstellungen wird es, falls überhaupt, allenfalls am Rande erwähnt.

Gleichwohl, am 10. Dezember 1870 hatte der Reichstag des Norddeutschen Bundes mit großer Mehrheit eine Adresse an Wilhelm I. angenommen. Allein die sechs sozialistischen Abgeordneten um August Bebel, Wilhelm Liebknecht und Johann Baptist Schweitzer hatten mit Nein gestimmt. In dieser Adresse hieß es: «Dank den Siegen, zu denen Ew. Majestät die Heere Deutschlands in treuer Waffengenossenschaft geführt hat, sieht die Nation der dauernden Einigung entgegen. Vereint mit den Fürsten Deutschlands naht der Norddeutsche Reichstag mit der Bitte, dass es Ew. Majestät gefallen möge, durch Annahme der deutschen Kaiserkrone das Einigungswerk zu weihen.» Das klang unterwürfig; aber allein der Hinweis auf die «Fürsten» und den «Reichstag» machte deutlich, dass sich das Parlament als gleichberechtigte Institution betrachtete. Nach dem Losverfahren ausgewählt, waren anschließend zehn nationalliberale, sechs freikonservative und sechs konservative sowie einige bundesstaatlich-konstitutionelle bzw. fraktionslose Abgeordnete nach Versailles gereist, um die Adresse feierlich zu übergeben.

Die Hoffnungen der Abgeordneten sollten jedoch enttäuscht werden. Verantwortlich dafür waren nicht allein die lange Bahnfahrt durch feindliches Gebiet oder das trübe, regnerische Wetter. Entscheidend für das Gefühl der Enttäuschung war vielmehr, dass Wilhelm I. das Symbolische dieses Aktes widerstrebte. Es erinnerte ihn viel zu sehr an jene Deputation, die im April 1849 seinem Bruder, Friedrich Wilhelm IV., die deutsche Kaiserkrone angetragen hatte. Die Parallelen reichten bis hin zu der Person des Anführers der Delegation, Eduard Simson. Er hatte Friedrich Wilhelm IV. das Schreiben des Paulskirchen-

Parlaments überreicht. Hinter dieser Symbolik stand ein grundsätzlich anderes Verständnis von der Rolle des Herrschers. Dieser war eben nicht mehr von Gottes Gnaden, sondern der wirkliche Souverän war das Volk. Diese Intention verfolgten auch die Abgeordneten. Der Krone sollte durch die Adresse des Reichstages «der populäre Ursprung aufgedrückt» werden, so einer der führenden Nationalliberalen, der Süddeutsche Eduard Lasker. Dass Simson in der Uniform eines Reserveoffiziers der Landwehr erschien, war ebenfalls Programm. Die Landwehr war schließlich Ausdruck des «Volks in Waffen» und damit der Gegenentwurf zur Armee des Königs.

Wilhelm I., Bismarck und der Hof hatten die Symbolik dieses Ereignisses sehr wohl erkannt. Nach Zustimmung der übrigen Fürsten und der Hansestädte empfing er die angereisten Abgeordneten am 18. Dezember 1870 in der Präfektur von Versailles, nicht im Schloss. Das genaue Zeremoniell war vorher mühsam ausgehandelt worden. Simson bedankte sich für den Empfang und für die Zusicherung an die Nation, «dass Kaiser und Reich im Geist einer neuen lebensvollen Gegenwart wieder aufgerichtet und ihr, wenn Gott ferner hilft und Segen gibt, in beidem die Gewissheit von Einheit und Macht, von Recht und Gesetz, von Freiheit und Frieden zuteil werden». Wilhelm seinerseits dankte der Delegation für den «Ausdruck des Vertrauens», machte dann aber deutlich, dass er im Hinblick auf die staatsrechtlichen Grundlagen des zukünftigen Reiches wie auch des Kaisertitels grundsätzlich anderer Auffassung war: «Nur in der einmütigen Stimme der deutschen Fürsten und freien Städte», und hier lag die Betonung auf «nur», war er bereit, dem «Wunsch», auch dies gilt es festzuhalten, der deutschen Nation und ihrer Vertreter zu entsprechen.

Am Ende verlief alles, so Kronprinz Friedrich Wilhelm, «würdig und gut». «Alle Deutschenken fühlten heute mit mir, dass wir einen gewichtigen Tag erlebten, dass die Geburt von «Kaiser und Reich» nahe bevorstehe. Den Abgeordneten selbst war zumute, als träumten sie.» Aus der Sicht «von oben» mochte diese Sicht zutreffen. «Von unten» hingegen betrachtet hatte die Delegation ihr Ziel verfehlt. «Die parlamentarische Initiative» war

in einem «symbolpolitischen Desaster» (Andreas Biefang) beendet. Die Zeitgenossen sahen dies ähnlich. Kaum eine Tageszeitung berichtete ausführlich darüber, und ein prachtvolles Gemälde gab es schon gar nicht. Überliefert ist nur eine Zeichnung, die ebenfalls nur die wenigsten kennen.

Wie zwiespältig die Stimmungen in diesen Wochen waren, zeigen abschließend zwei Äußerungen «klassischer» bürgerlicher Liberaler. «Wodurch», schrieb einer der bekanntesten Führer der Liberalen, der Historiker Heinrich von Sybel, Ende Januar 1871 an seinen Kollegen Hermann Baumgarten, «hat man die Gnade Gottes verdient, so große und mächtige Dinge erleben zu dürfen? [...] Was zwanzig Jahre der Inhalt alles Wünschens und Strebens gewesen, das ist nun in so unendlich herrlicher Weise erfüllt! Woher soll man in meinen Lebensjahren noch einen neuen Inhalt für das weitere Leben nehmen?» Doch dies war nur die eine Sicht auf die Ereignisse. Der Schweizer, in Heidelberg lehrende Staatsrechtler Johann C. Bluntschli, ein leidenschaftlicher Befürworter der deutschen Einheit, hatte wenige Wochen zuvor in seinem Tagebuch notiert: «Deutschland wird in der nächsten Zeit stramm regiert. Solange Bismarck die Dinge besorgt, ist für eine liberale und ideale Natur innerhalb der Leitung kein Platz; und außerhalb derselben als Opposition keine Aussicht.» Konsequenter verzichtete er zunächst auf jedwede politische Tätigkeit.

Wie, so gilt es zu fragen, war der Weg zur Nationalstaatsgründung verlaufen? Wie sollte sich dieser nach innen und außen entwickeln? Welche Nachwirkungen sollte diese Form auf den weiteren Verlauf der deutschen und europäischen Geschichte haben? Und wie sollten sich die Menschen später daran erinnern?

2 Das Streben nach Einheit und Freiheit zwischen der Revolution 1848 und der «Neuen Ära» in Preußen

Die Revolution von 1848. Die Reichsgründung im Januar 1871 war nicht der erste Versuch, einen einheitlichen deutschen Nationalstaat zu gründen. Auf dem Wiener Kongress 1814/15 hatten die versammelten Fürsten und Staatsmänner das 1806 auf Druck Napoleons I. aufgelöste Heilige Römische Reich deutscher Nation nicht wieder auferstehen lassen. Eine starke Mitte passte nicht in die europäische Staatenlandschaft. Zudem bestand der Dualismus zwischen Österreich, der alten Vormacht des Reiches, und Preußen weiterhin fort. Als Kompromiss hatten sie den Deutschen Bund gegründet. Dieser war ein lockerer Staatenbund aus 41 Mitgliedsstaaten, darunter drei ausländische Könige, der englische, dänische und niederländische, die über Territorien in Deutschland herrschten.

Aus Sicht der jungen Nationalbewegung war dieser lockere Bund jedoch zu wenig. Maßgeblich angetrieben durch die Ideen der Französischen Revolution von 1789 hatte diese sich auf deutschem Boden wie auch in anderen Regionen Europas im Kampf gegen Napoleon formiert. «Nation» bedeutete für die Anhänger dieser Bewegung die Einheit von Sprache und Territorium, von Geschichte und Kultur. Doch es ging nicht nur um Einheit; auch Freiheit war eine Kernforderung der nationalen Bewegung. Trotz zahlreicher Unterdrückungsversuche hatte diese Bewegung zunehmend an Stärke gewonnen. Die Revolution von 1830 und das Hambacher Fest 1832 machten deutlich, dass sich die Bewegung auch von harter Unterdrückung durch die Vormächte des Deutschen Bundes, Österreich und Preußen, auf die Dauer nicht abschrecken ließ. Die Zeit, so ihre Auffassung, würde für sie und gegen die Anhänger der alten Ordnung arbeiten.

Die Ereignisse im Februar/März 1848 schienen der Nationalbewegung recht zu geben. Als im Februar 1848 Revolutionäre die Monarchie in Paris stürzten und die Republik proklamierten, schwappten die Unruhen schnell nach Deutschland über. Von Süddeutschland ausgehend, kam es zu massenhaften, teilweise gewaltsamen Protesten gegen das alte Regime. Während einige Monarchen zur Rettung ihrer Herrschaft freiwillig die «Märzforderungen» – Pressefreiheit, Vereins- und Versammlungsfreiheit, Geschworenengerichte, Auflösung stehender Heere zugunsten einer allgemeinen Volksbewaffnung und, soweit noch nicht geschehen, die Einführung von Verfassungen – erfüllten und liberale «Märzministerien» ernannten, kam es vor allem in Berlin und Wien zu blutigen Kämpfen. Aber auch dort setzten sich die Revolutionäre durch. Entscheidend für diesen Erfolg der revolutionären Bewegung war deren Breite: Studenten, Angehörige des Bildungs- und des Besitzbürgertums, Arbeiter, Handwerker und Bauern gingen dieses Mal gemeinsam auf die Straße und verliehen damit dem Protest gegen die bestehende Ordnung trotz unterschiedlicher Ziele im Einzelnen eine ungeheure Durchschlagskraft.

Einheit und Freiheit von unten? Symbolisch bedeutsam für den Erfolg der Revolution war der Einzug der über 585 in freien, gleichen und indirekten Wahlen gewählten Abgeordneten in die Frankfurter Paulskirche am 18. Mai. Sie sollten eine Verfassung für ganz Deutschland ausarbeiten und damit zugleich ein gemeinsames «Dach» für den ersehnten einheitlichen Nationalstaat schaffen.

Die Aufgaben, die die versammelten Abgeordneten zu lösen hatten, waren gewaltig. Nach langen Verhandlungen einigten sich die Abgeordneten schließlich im März 1849 auf eine Verfassung für ein einig und freies Deutschland. Erbkaiser sollte der König von Preußen werden. Anstatt eines Großdeutschlands sollte es nur ein Kleindeutschland geben, da Österreich nicht bereit war, seine nichtdeutschen Gebiete aufzugeben. Der Reichstag sollte aus zwei Kammern bestehen – einem Staatenhaus, in dem die Vertreter der Bundesstaaten saßen, und einem

Volkshaus, dessen Abgeordnete in freien, gleichen, geheimen und direkten Wahlen von allen Männern über 25 Jahren gewählt wurden. Die Macht lag dabei eindeutig beim Parlament – der Kaiser hatte nur ein aufschiebendes Veto.

Als die Abgeordneten in Frankfurt die Verfassung beschlossen und dem preußischen König die Kaiserkrone antrugen, war die Revolution freilich bereits gescheitert. In Wien wie auch in Berlin hatte inzwischen die Gegenrevolution gesiegt. Der preußische König Friedrich Wilhelm IV., der sich seiner wiedererlangten Stärke bewusst war, lehnte diese Krone, der, wie er verächtlich meinte, der «Ludergeruch der Revolution» anhaftete, ab. Der Gedanke der Volkssouveränität widersprach seinen Vorstellungen vom Gottesgnadentum des Monarchen. Da die Nationalversammlung die militärische Macht der Monarchen nicht angetastet hatte und daher nicht über eigene Streitkräfte verfügte, waren die in Frankfurt verbliebenen Abgeordneten, die schließlich nach Stuttgart auswichen, machtlos. In Sachsen, in der Pfalz und in Baden schlugen preußische Truppen unter der Führung des Bruders des preußischen Königs, Prinz Wilhelm, alle Aufstände blutig nieder, die die Ziele der 1848er Bewegung doch noch verwirklichen wollten. Zahlreiche Menschen wurden zum Tode, Tausende zu langjährigen Haftstrafen verurteilt. Viele Tausende flüchteten zudem ins Ausland oder wanderten in die Vereinigten Staaten aus.

Ob, warum bzw. inwieweit die Revolution scheiterte, ist bis heute umstritten. Die Fülle der Probleme wie auch die unterschiedlichen Ziele der jeweiligen Trägergruppen und die langwierige Suche nach Kompromissen haben ihren Erfolg sicherlich behindert. Dennoch sollten die Erfolge nicht übersehen werden: Der Gedanke an einen einheitlichen und freiheitlichen Nationalstaat war anschließend aus dem politischen Leben der Deutschen nicht mehr wegzudenken.

«Kleindeutschland» von oben oder «Großösterreich»? Doch so abfällig der preußische König Friedrich Wilhelm IV. der Krone aus «Dreck und Letten» gegenüberstand; von seinesgleichen hätte er diese schon angenommen. Dies zeigt eine häufig vergessene

Station auf dem Weg zum deutschen Nationalstaat unter preußischer Führung, die «Erfurter Union», so hieß dieses Staatenbündnis nach dem Tagungsort im Erfurter Augustinerkloster. Gänzlich neu war der Gedanke, Österreich mit seinen vielen Völkern und die deutschen Staaten unter Führung Preußens in einem weiteren und engeren Bund zusammenzuschließen, nicht. Bereits Heinrich v. Gagern, 1848/49 zunächst Präsident der Nationalversammlung, dann Reichsministerpräsident, hatte diesen Vorschlag in die Diskussion eingebracht. Die Wiener Politik hatte diesen dann jedoch bald obsolet werden lassen.

Nach dem Ende der Paulskirche war es nun ein Vertrauter des preußischen Königs, der umtriebige General und konservative Politiker Joseph Maria v. Radowitz, der im Moment der Niederschlagung der Revolution preußischer Außenminister war, der diese Idee aufgriff. «Revolution nein, nationaler Verfassungsstaat ja» (Wolfram Siemann) lautete die Devise. Radowitz' Plan war, zumindest auf den ersten Blick, keineswegs unrealistisch. Auch wenn die großen Mittelstaaten – Bayern, Hannover, Sachsen und Württemberg – wie Preußen der Reichsverfassung und der Übertragung der Erbkaiserwürde an Preußen nicht zugestimmt hatten, so hatten immerhin 28 Kleinstaaten im April 1849 dieses Vorhaben ausdrücklich unterstützt. Die Basis für eine kleindeutsche Lösung der «Deutschen Frage» unter preußischer Führung war insofern auch unter den Regierenden nicht gering.

Im Gegensatz zum Gagern'schen Vorschlag sollte die Union, die Radowitz und dem preußischen König vorschwebte, jedoch einen grundlegend konservativen Charakter haben. Anfänglich sah es tatsächlich so aus, als wenn dies ein Weg für die Zukunft sein könnte. So gelang es Preußen nicht nur, zahlreiche Staaten des «Dritten Deutschland» auf seine Seite zu ziehen, sondern auch manche Liberale stellten sich auf dessen Seite und stellten bisherige Vorbehalte zurück. «Den Unterzeichneten», hieß es in einer Erklärung im Sommer 1849, «stehen die Zwecke, welche durch die Reichsverfassung vom 28. März erreicht werden sollten, höher als das starre Festhalten an der Form, unter der man dieses Ziel anstrebt.»

Letztlich scheiterte Radowitz, und mit ihm Friedrich Wilhelm IV. Ein Teil der Liberalen boykottierte diesen Versuch, durch Anpassung an die reale Lage zu retten, was zu retten war. Viel entscheidender aber war, dass Österreich unter seinem energischen General und Ministerpräsidenten Felix Fürst v. Schwarzenberg nach Niederschlagung der Revolution in Ungarn auf die deutsche «Bühne» zurückkehrte. Auf seinen Druck hin lehnten viele deutsche Staaten die inzwischen ausgearbeitete Verfassung der «Erfurter Union» ab. Zugleich legte Schwarzenberg einen eigenen Plan vor, den eines 70-Millionen-Reiches von der Nordsee bis ans Schwarze Meer. Dieser enthielt auch liberale Elemente wie eine «Nationalvertretung». Deren Abgeordnete waren jedoch nicht frei gewählt, sondern Gesandte der jeweiligen Kammern.

Eine Konfrontation war daher unvermeidlich, auch wenn Schwarzenberg versuchte, Preußen durch das Versprechen auf Machterweiterungen in Norddeutschland zu locken. Radowitz wie auch der König waren damit allerdings nicht zu gewinnen. Als Österreich daher parallel die Wiedergründung des Deutschen Bundes unter seiner Führung betrieb und von der zeitweiligen Gleichberechtigung Preußens keine Rede mehr war, hatte der preußische Unionsplan keine Zukunft mehr. Als Preußen schließlich im November 1850 glaubte, den Konflikt über die kurhessische Verfassung zur Machtprobe zwischen beiden Konzepten machen zu können, musste es am Ende eine bittere politische Niederlage einstecken. So kriegerisch der Ton in Berlin zwischenzeitlich war, angesichts der Drohungen Österreichs und seiner Verbündeten, hinter denen die Macht des Zaren, Nikolaus I., stand, schreckten die Verantwortlichen dann doch vor einem Krieg zurück. Preußen verzichtete auf seinen Führungsanspruch und stimmte zugleich der Wiederherstellung des Deutschen Bundes zu. Am Ende zeigte sich einmal mehr, dass die «Deutsche Frage», wie schon 1814/15, von den Konstellationen der Mächte nicht zu trennen war. Auch wenn sich die Westmächte zurückhielten, so schlug sich das Zarenreich auf die Seite Österreichs. Dies gab in Berlin den Ausschlag, doch keinen Krieg zu wagen.

Zu den wenigen, die anders als viele Konservative, Liberale und selbst Demokraten, die allein aus Prinzip einen Krieg forderten, einen solchen ablehnten und damit den König, der zunächst ebenfalls einen Krieg einer schmachvollen Unterwerfung vorgezogen hätte, in einer höchst misslichen Situation verteidigten, gehörte jener Mann, der ein Jahrzehnt später die Einigung des Reiches unter preußischer Führung verwirklichen sollte: Otto v. Bismarck. In einer politisch höchst bedeutsamen Rede im preußischen Abgeordnetenhaus machte er deutlich, dass er in anderen Kategorien dachte als viele seiner Zeitgenossen. In der äußerst hitzigen Debatte über die Frage von «Krieg oder Frieden» verteidigte Bismarck, der in der Revolution zu einem bedeutsamen, aber auch umstrittenen jungen Nachwuchspolitiker geworden war, die Unterwerfung der Regierung unter das als schmachvoll empfundene «Diktat von Olmütz» 1850 gegenüber jenen, die einer kriegerischen Auseinandersetzung mit Russland und Österreich – zwei Großmächten – den Vorzug gegeben hätten. Kriege, die allein der «Ehre» oder irgendwelcher «Prinzipien» wegen geführt würden, seien abzulehnen. «Warum», so fragte er die Befürworter eines von den Liberalen eingebrachten Antrags, die Politik der Regierung zu missbilligen, «führen große Staaten heutzutage Krieg?», um sogleich eine, seine auch spätere grundsätzliche Haltung in dieser Hinsicht beschreibende Antwort zu geben: «Die einzig gesunde Grundlage eines großen Staates, und dadurch unterscheidet er sich wesentlich von einem kleinen Staate, ist der staatliche Egoismus und nicht die Romantik, und es ist eines großen Staates nicht würdig, für eine Sache zu streiten, die nicht seinem eigenen Interesse angehört. [...] Es ist leicht für einen Staatsmann, sei es in dem Kabinette oder in der Kammer, mit dem populären Winde in die Kriegstrompete zu stoßen und sich dabei an seinem Kaminfeuer zu wärmen oder von dieser Tribüne donnernde Reden zu halten, und es dem Musketier, der auf dem Schnee verblutet, zu überlassen, ob sein System Sieg und Ruhm erwirbt oder nicht. Es ist nichts leichter als das, aber wehe dem Staatsmann, der sich in dieser Zeit nicht nach einem Grunde zum Kriege umsieht, der auch nach dem Kriege noch stichhaltig ist.»

Diese Rede war ein grandioser Erfolg. Mit ihr ebnete Bismarck sich den Weg zu höheren Ämtern im preußischen Staatsdienst. Über diesen biografischen Aspekt hinaus gleichermaßen bedeutsam war die Tatsache, dass Bismarck hier, ohne dass seine eigenen Anhänger, die von der brillanten Zurückweisung der Liberalen regelrecht geblendet waren, dies erkannten, hier als «Staatsdiener» aufgetreten war, der einer aus allen Bindungen gelöst, rein machtstaatlich orientierten Staatsräson das Wort geredet hatte. Wenn diese einen Krieg rechtfertigte, war er auch bereit, diesen zu führen, unabhängig von der eher moralischen Frage, ob es sich um einen gerechten Krieg handelte oder nicht. Ein Jahrzehnt später sollte er die Bereitschaft, für Preußens Staatsräson Krieg zu führen, tatsächlich unter Beweis stellen. Dass dies möglich war, lag allerdings auch an grundlegend veränderten Konstellationen. Anders als 1850 stützte das Zarenreich nun nicht mehr Österreich, sondern Preußen. Als sich die Habsburgermonarchie während des Krim-Krieges (1854–56) zur Wahrung ihrer Balkaninteressen auf die Seite der Westmächte stellte, zerbrachen die «Heilige Allianz» und die alte Wiener Ordnung. Preußens Neutralität in diesem Krieg hingegen erwies sich jedoch als ein «Pfund», mit dem ein skrupelloser und geschickter Politiker im Zweifel zugunsten der Stärkung der preußischen Stellung in Deutschland und Europa wuchern konnte – sowohl gegenüber der alten Vormacht im Deutschen Bund, Österreich, als auch gegenüber der neuen Hegemonialmacht auf dem Kontinent, Frankreich.

Mehr Informationen zu diesem und vielen weiteren Büchern aus dem Verlag C.H.Beck finden Sie unter: www.chbeck.de